

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Iran-Krieges



**Prof. Dr. Dr. h.c.
Lars P. Feld**

Universität Freiburg
und Walter Eucken
Institut

Foto: Jigal Fichne / @Walter Eucken Institut

Zehn Tage nach Beginn des Iran-Krieges zeichnet sich allmählich ab, welche Auswirkungen auf die Weltwirtschaft zu erwarten sind. Der ursprüngliche Optimismus der Märkte, dass dieser Krieg den Äußerungen Präsident Trumps folgend nach vier Wochen beendet sein werde, weicht der realistischeren Einschätzung, dass mehr als ein Monat ins Land ziehen wird, bis sich die Lage wieder beruhigt. Ein Konflikt in dieser Weltregion, der sich über mehrere Monate hinzieht, verursacht jedoch deutlich größere Disruptionen im weltwirtschaftlichen Gefüge.

Durch die Straße von Hormuz, die den Persischen Golf mit dem Golf von Oman verbindet, fließen täglich etwa 20 Prozent des weltweiten Rohölverbrauchs und ebenfalls rund ein Fünftel des Welthandels mit verflüssigtem Erdgas (LNG). Die Abnehmer dieser Mengen befinden sich überwiegend im asiatischen Raum; vor allem China deckt einen Großteil seines Bedarfs mit Importen aus dem Iran und den Golfstaaten. Deutschland und andere europäische Staaten erhalten ihre Energieimporte überwiegend aus anderen Herkunftsländern, insbesondere aus den USA. Allerdings ist die deutsche Wirtschaft damit nicht vor den Preisentwicklungen auf den Weltenergiemärkten geschützt. Lediglich hinsichtlich der Versorgungssicherheit sind weniger Sorgen angebracht.

Die Preisentwicklung ist bereits dynamisch. Während der Preis für ein Barrel Rohöl der Marke Brent im Jahr 2025 zwischen 60 und 75 U.S.-Dollar je Barrel lag, stieg er in der ersten Woche des Krieges auf über 80 U.S.-Dollar je Barrel an. Zu Beginn der zweiten Woche erhöhten

sich die Preise zeitweilig auf über 100 U.S.-Dollar je Barrel. Ein Anstieg des Ölpreises um 10 Prozent erhöht die Inflation kurzfristig um 0,4 Prozentpunkte, über drei Jahre noch um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr. Bei den Preisen, die in der zweiten Woche aufgerufen wurden, liegt der Ölpreis bereits rund 30 Prozent über dem Höchstwert des Jahres 2025.

Ein Anstieg der Inflation um einen Prozentpunkt wäre bei einem länger andauernden Krieg daher nicht völlig unrealistisch. Hinzu käme ein Anstieg des Gaspreises, der sich ungefähr mit einem Zehntel pro Jahr in höhere Inflation übersetzt. Nicht unberücksichtigt werden darf, dass die Golfstaaten zudem ein wichtiges Drehkreuz für international verbundene Lieferketten sind. Der Frachtverkehr über den Flughafen von Dubai ist bereits deutlich reduziert. Einschränkungen der Produktion in China aufgrund ausbleibender Energielieferungen würde die Lieferketten weiter belasten. Dies trägt zusätzlich zu einer höheren Inflation bei.

Für entwickelte Länder gilt: Jeder um 10 USD erhöhte Ölpreis kostet rund 0,1 Prozentpunkte Wachstum. Bei Preisen über 100 USD summiert sich das auf bis zu 0,4 Prozentpunkte – genug, um die zarten Pflänzchen eines privat getragenen Aufschwungs zu zerdrücken. Das von Prognostikern für Deutschland erwartete BIP-Wachstum von 1 Prozent enthält ohnehin bereits 0,3 Punkte Kalendereffekt und einen ähnlichen statistischen Sondereffekt durch Mehrausgaben des Staates.

Rückt man die jüngsten Entwicklungen in eine längere zeitliche Perspektive, so relativiert sich so manche Sorge. Ein Allzeithoch beim Preis für Rohöl der Marke Brent wurde im Jahr 2008 mit 147,50 U.S.-Dollar je Barrel gemessen. Davon ist der Ölpreis aktuell weit entfernt. Der Gaspreis lag im August 2022 in der Spitze bei 316 Euro je MWh und beläuft sich derzeit auf gut 60 Euro je MWh im Future für einen Monat. Panik ist daher nicht angebracht.

Vor allem bietet diese aktuelle Entwicklung keinen Grund für staatliche Subventionen, selbst wenn der Benzin- oder Dieselpreis an den Zapfsäulen über 2 Euro je Liter liegen sollte. Den Fehler der Ampel-Regierung, den Anstieg der Benzin- und Dieselpreise durch einen Tankrabbt bremsen zu wollen, sollte die Bundesregierung nicht wiederholen. Genauso wenig ist eine Subvention für die energieintensive Wirtschaft bei solchen Preisentwicklungen angezeigt, sogar dann, wenn der höhere Gaspreis auf die Strompreise durchschlagen sollte. Abwegig sind regulatorische Preisdeckel, wie sie aus dem Gewerkschaftslager und den ihn nahestehenden Ökonomen gefordert werden. Vielmehr muss die Europäische Zentralbank Sorge tragen, dass die beobachteten Preiseffekte nicht zu einem erneuten Inflationsschub führen. Senkungen der Leitzinsen sind jedenfalls nicht zu erwarten.

Wie so oft sind Nüchternheit und Ruhe die wichtigsten Ratgeber in einer so hoch volatilen weltpolitischen Lage.

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld